

Berlin, 12. Februar 2020

Herausgeber:

Bundesverband Großhandel,
Außenhandel, Dienstleistungen e.V.

Am Weidendamm 1A
10117 Berlin

Telefon 030 590099-591
Telefax 030 590099-491

www.bga.de info@bga.de

Autoren:

Andrea Hideg
Abteilung Export
andrea.hideg@bga.de

Corona-Virus / COVID-19

Aktuelle Informationen der Bundesregierung

Das Auswärtige Amt (AA), das Ministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) sowie das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) luden am 12. Februar 2020 zu einer Informationsveranstaltung zum Corona-Virus ein, dessen offizieller Name nach einer Entscheidung der World Health Organization (WHO) nun "COVID-19" lautet, und berichteten aus unterschiedlichen Perspektiven zum aktuellen Stand.

In seinen einleitenden Worten ging Miguel Berger, Abteilungsleiter für Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung im Auswärtigen Amt, zum Vergleich auf die Auswirkungen des SARS-Virus Anfang der 2000er ein. Dieser hätte wirtschaftlich einen deutlichen Rückgang und in den darauffolgenden Monaten einen starken Aufholeffekt zur Folge gehabt. Er berichtete auch davon, dass das Verhalten der deutschen Politik in China positiv aufgenommen würde, nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass keine Ausreiseempfehlung an deutsche Staatsbürger ausgesprochen wurde.

Dr. Eckhard Franz, Abteilungsleiter für Außenwirtschaftspolitik im BMWi, informierte darüber, dass der Peak der Epidemie nicht klar abzusehen sei. Dieser könne Mitte Februar oder auch später sein. Nach Erkenntnissen des BMWi seien derzeit vor allem die Bereiche Tourismus, Pharma und Messen stark von den Auswirkungen des Virus betroffen. Hinsichtlich der Frage nach den Auswirkungen auf die Lieferketten für deutsche Produkte verwies Herr Dr. Franz darauf, dass die deutsche Wirtschaft im internationalen Vergleich am meisten Vorleistungen aus China beziehen würde und daher auch von den Auswirkungen am stärksten betroffen sein könnte. In erster Linie würde sich aber COVID-19 in der Entwicklung der chinesischen Wirtschaft bemerkbar machen. So sei das Wirtschaftswachstum bereits stark eingebrochen. Genauere Zahlenangaben hierzu seien aber sehr spekulativ. Wie sich COVID-19 auf die kommenden politischen Termine auswirken würde, sei fraglich. An einem Besuch von EU-Vizepräsident Frans Timmermans noch im Februar werde weiterhin festgehalten. Die Sitzung des Nationalen Volkskongresses, die für März 2020 geplant war, wurde hingegen abgesagt.

Das AA führte aus, dass COVID-19 vor allem eine innenpolitische Herausforderung für China sei, da man Sorge vor politischer bzw. sozialer Instabilität hätte. Dies sei auch der Grund für die intransparente Handhabung, obwohl es Anfang Dezember 2019 bereits erste Hinweise auf den Virus gegeben hätte.

Das AA verwies darauf, dass man die Beurteilung der Situation in China je nach Region stark differenzieren müsse: Von 42.000 Infektionsfällen gebe es allein in der Provinz Hubei 31.000 und auch die Zahl der Todesfälle sei 96% der 1.000 Toten dort am höchsten. Insgesamt betrage die Letalitätsrate 2%. Aufgrund dieser regionalen Differenzierung habe das AA auch nur eine Reisewarnung für die Provinz Hubei bzw. Wuhan ausgesprochen. Anders als die USA habe man ansonsten eine „weiche“ Ausreiseempfehlung ausgesprochen, in der in Anbetracht der zunehmenden Einschränkungen eine vorübergehende bzw. vorzeitige Ausreise „erwogen“ werden solle.

Hinsichtlich der Einreiselage nach Deutschland wird nach Angaben des AA nur dann eine 14-tägige Quarantäne notwendig, sollte man aus der Risikoregion einreisen. Einreisende aus anderen Gebieten müssten in einer Aussteigekarte („Tracing Card“) neben ihren Kontaktdaten auch Abreiseort, Zielort und Sitzplatz im Flugzeug angeben. In Einzelfällen könne man darauf basie-

rend Maßnahmen ergreifen. Eine flächendeckende Regelung sei aber nicht vorgesehen. Für chinesische Einreisende gebe es, anders als teilweise dargestellt worden war, keine Einschränkungen bei der Visavergabe. Auch sie müssten lediglich die Aussteigekarte ausfüllen.

Das BMG ergänzte, dass trotz der Sorge um des „Bavarian Cluster“ (Infektionsfälle im Zusammenhang mit der Firma Webasto) keine Einreiseeinschränkungen angedacht seien. Man verweise aber eindringlich auf die grundlegenden Hygienemaßnahmen. Mit Blick auf Messen rate man nicht von einer Teilnahme ab. Messerveranstalter würden verstärkt Hygienemaßnahmen einrichten. Über EU-einheitliche Maßnahmen würden die europäischen Gesundheitsminister am 13. Februar entscheiden. Zu erwarten sei ein Mindestmaß an Einigung. Mit Blick auf die Aufrufe zur Sachspende vertrat das BMG die Position, dass aus dessen Sicht die nationale Bevorratung an Schutzkleidung Priorität haben solle. Das BMG berichtete weiter, dass eine WHO-Mission nach China in Planung sei, an der auch das Robert-Koch-Institut beteiligt sein soll.

In der anschließenden Diskussion stellte das AA nochmals klar, dass zwar der Anstieg von Infizierungen abgeflacht sei, nicht jedoch zurückgegangen. Mit der Rückreisewelle nach den verlängerten Ferien könne jedoch wieder mit einem stärkeren Anstieg gerechnet werden,

Das BMWi wurde darauf aufmerksam gemacht, dass der Zoll sich hinsichtlich seiner Kapazitäten auf die Zeit einstellen sollte, wenn Warenlieferungen aus China wieder problemlos möglich seien.

Weitere Informationen finden Sie auf folgenden Seiten:

- [Reise- und Sicherheitshinweise des Auswärtigen Amts](#)
- [AHK Greater China](#)
- [AA-Merkblatt zu COVID-19](#)
- [Robert-Koch-Institut](#)
- [World Health Organization](#)